

Presseerklärung

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember 2021 luden der tschechische Botschafter Tomáš Kafka, der schwedische Botschafter Per Thöresson und der Gesandte der französischen Botschaft, Emmanuel Cohet, chargé d'affaires ad interim, die in Berlin ansässigen Vertreter der belarussischen Zivilgesellschaft zum Frühstück und der gemeinsamen Debatte über die Menschenrechtssituation in der heutigen Welt ein. **Diese Initiative markierte zugleich die Pflege um die Menschenrechte sowie der Einsatz für die Menschen in Not als eine der Prioritäten des bevorstehenden Trios, welches die Regierungen aller gastgebenden Botschafter in den nächsten 18 Monaten bilden werden.**

Dieses Treffen, **zu dem in der tschechischen Botschaft in Berlin bereits zum zweiten Mal gekommen ist**, knüpfte an die tschechisch-französische Initiative von 2018 an, als zum ersten Mal in Prag und in anderen Ländern der Welt ein „Dissidentenfrühstück“ organisiert worden ist. Die Inspiration für diesen Event fanden die Organisatoren in der weltbekannten und nachhaltig eindrucksvollen Geste des französischen Präsidenten Francois Mitterrand, der im Jahre 1988 am Rande seines offiziellen Besuches der Tschechoslowakei den damaligen Dissidenten, Václav Havel, zum Frühstück eingeladen hat.

Während des heutigen Frühstücks, **der sich an die gültigen 2G-Hygiene- und Schutzregeln restlos gehalten hat**, besprachen die Teilnehmer aus den zivilgesellschaftlichen und diplomatischen Kreisen vor allem die aktuelle Situation der Menschen in Belarus bzw. **im deutschen und tschechischen Exil sowie die weiterhin brenzlige Situation an der polnisch-belarussischen Grenze**. Am Tisch herrschte das allgemeine Einvernehmen, dass um der Dringlichkeit willen, welches ein Thema erfährt, die Notlage des anderen nicht in Vergessenheit geraten darf. **Die Zielsetzung des Frühstücks war daher nicht bloß ein Zeichen der Solidarität zu setzen, sondern die bereits bestehenden Kontakte und gegenseitiges Vertrauen zum besseren Verständnis für die Probleme in und mit Belarus zu nutzen.**

Der tschechische Botschafter Tomáš Kafka drückte den Vertretern der belarussischen Diaspora seine Dankbarkeit aus, denn vor allem ihre Fähigkeit die Lage, in der sich die Leute in Belarus befinden, gebührend zu beschreiben, ermöglicht auch den diplomatischen Beobachtern diese Lage besser einzuschätzen und über die Nöte der konkreten Menschen und deren Überwindung realistisch nachzudenken. Dort, wo die Lage so verzweifelt erscheinen mag, wie es in Belarus der Fall ist, kann man Realismus und Vertraulichkeit nicht hoch genug schätzen. Das wird auch in der Position der Tschechischen Republik gegenüber Belarus Niederschlag finden.

Der Gesandte der französischen Botschaft, Emmanuel Cohet, chargé d'affaires ad interim, hat der belarussischen Zivilgesellschaft bei ihren demokratischen Bestrebungen erneut die Unterstützung Frankreichs und der EU zugesichert, da sich die Situation der Zivilgesellschaft angesichts der aktuellen Lage weiter verschlechtert. Darüber hinaus betonte er, dass die Aufnahme eines nationalen Dialogs zwischen den Machthabern und der Zivilgesellschaft in Belarus hinsichtlich der Organisation freier und gerechter Wahlen unter internationaler Beobachtung der einzige Weg aus der Krise sei, der außerdem mit der vorherigen Freilassung aller politischen Gefangenen und einem Ende der Gewalt einhergehen müsse.

Der schwedische Botschafter Per Thöresson unterstrich, dass Schweden als OSZE-Vorsitzende vergebens versucht hat, Lukaschenko zu einem Dialog mit der belarussischen Zivilgesellschaft zu bewegen. Umso wichtiger sei es, dass wir alle weiterhin in Kontakt mit der Zivilgesellschaft bleiben und ihr unsere volle Unterstützung bieten.

Der tschechische und schwedische Botschafter und der französische Gesandte, chargé d'affaires ad interim, erinnerten im Hinblick auf den offiziellen politischen Kurs des belarussischen Regimes daran, dass die Europäische Union Instrumentalisierung der Migration als Bestandteil einer hybriden Konfliktführung grundsätzlich ablehnt und keine Kompromisse in diesem Zusammenhang machen darf. In dieser Hinsicht stehen ihre Staaten hinter der Politik von Polen und der baltischen Staaten, die es auf die Verteidigung der EU-Außengrenze gegen Menschenschmuggel absieht.

Die Vertreterinnen der Belarussischen Gemeinschaft RAZAM e.V. skizzierten das Ausmaß der Repressionen gegen die belarussische Zivilgesellschaft: Zehntausende Verhaftungen im Zuge der Proteste seit 2020, über 900 politische Gefangene, fast 300 zwangsliquidierte NGOs, die Schließung aller unabhängigen Medienportale und aktuell eine massive „Säuberungswelle“ in den staatlichen Unternehmen. „Die Initiative der tschechischen, französischen und schwedischen Botschaft ist daher von herausragender Bedeutung in dieser schweren Zeit für die Menschen in Belarus“, betonte Ina Rumiantseva, Sprecherin von RAZAM e.V.